

## **Tiroler Tageszeitung, Leitartikel, Ausgabe vom 30. April 2020. Von CORNELIA RITZER. "Keine Staatshilfe-Automatik".**

Innsbruck (OTS) - Die Lufthansa-Tochter AUA hat in Österreich 767 Millionen Euro an Staatshilfe beantragt. Gestern trafen sich erstmals Konzern-Vorstand und Regierungsspitze. Verbindliche und verlässliche Zusagen der AUA fehlen völlig.

Die Coronavirus-Pandemie hat die Luftfahrt auf den Boden gezwungen, die Reisebeschränkungen stoppten den Flugverkehr. Nach wochenlangen Spekulationen ist nun klar, dass der Finanzbedarf der angeschlagenen Austrian Airlines (AUA) groß, sogar horrend groß ist. 767 Millionen Euro braucht die Tochter des deutschen Lufthansa-Konzerns zum Überleben. Zum besseren Verständnis dieser Summe: Der Corona-Hilfsfonds für Unternehmen, die von Maßnahmen wie Betretungsverboten oder Reisebeschränkungen betroffen sind, ist mit 15 Milliarden Euro gefüllt - die nun von der AUA geforderte Summe macht davon knapp mehr als 5 Prozent aus. Fraglich ist, ob der Antrag auf ein so großes Kuchenstück aus dem Corona-Hilfsfonds für die 2009 von der deutschen Lufthansa übernommenen - und von der Politik mit einer 500-Millionen-Euro-Mitgift bedachten - Airline berechtigt sowie zeitgemäß ist.

„Koste es, was es wolle“ - dieses Motto hat die türkis-grüne Bundesregierung für das gigantische Hilfspaket für die Rettung von Wirtschaft und Arbeitsplätzen ausgegeben. Die riesigen Summen mögen bei manchen große Begehrlichkeiten wecken, und auch wenn viele Bundeshilfen rasch und unbürokratisch ausgezahlt wurden, muss die politische Hilfsbereitschaft Grenzen haben. Vor dem ersten Treffen zwischen Regierungsspitze und Lufthansa-Vorstand pochten Kanzler Sebastian Kurz (ÖVP) und sein Vize Werner Kogler (Grüne) demonstrativ auf die Bedeutung des Standorts Österreich und der Arbeitsplätze. Die für Mobilität zuständige Ministerin Leonore Gewessler (Grüne) hat da schon längst ihre (klimapolitischen) Bedingungen formuliert. Abgesehen davon wird auch eine Beteiligung der Republik am Luftfahrt-Konzern diskutiert. Eine Variante, gegen die sich die Lufthansa in Deutschland störrisch mit Insolvenz-Szenarien stemmt. Die verordnete Vollbremsung des öffentlichen Lebens traf die Flugbranche und die AUA unverschuldet und massiv. Die Airline muss sich aber auf eine penible Prüfung einstellen. Denn bereits vor der Coronavirus-Krise plante die AUA einen massiven Abbau der rund 7000 Mitarbeiter, das verordnete Sparpaket hätte bis Ende 2021 das Aus für

jeden zehnten Arbeitsplatz bedeutet. Das Ende der Crew-Stützpunkte in den Bundesländern war ebenso bereits besiegelt, die Maßnahme stand am Ende eines - trotz anderslautender Zusagen - jahrelangen Abbaus von Jobs und Maschinen etwa in Innsbruck. Bisher gibt es von der AUA keine Zusagen bezüglich Standort oder Jobs. Für eine Lösung sind diese aber absolute Bedingung.

~

Rückfragehinweis:

Tiroler Tageszeitung

0512 5354 5101

chefredaktion@tt.com

~

Digitale Pressemappe: <http://www.ots.at/pressemappe/213/aom>

\*\*\* OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSSENDUNG UNTER AUSSCHLIESSLICHER  
INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSENDERS - WWW.OTS.AT \*\*\*

OTS0219 2020-04-29/22:00

292200 Apr 20

Link zur Aussendung:

[https://www.ots.at/presseaussendung/OTS\\_20200429\\_OTS0219](https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20200429_OTS0219)